

Rechtsprechungsreport 2024

Lebens- und Futtermittelrecht

Das waren die wichtigsten Entscheidungen im vergangenen Jahr

Dr. Markus Kraus, Maître en Droit (Bordeaux)
GvW München
23. Februar 2024

1. Green Claims: Verbot der Irreführung

Anforderungen an Werbeaussagen wie „klimaneutral“, „CO₂-neutral“

2. Hygienepringer: § 40 Abs. 1a LFGB

Veröffentlichung lebensmittelrechtlicher Verstöße durch Kontrollbehörden

3. Kennzeichnung & Aufmachung von Lebensmitteln

Stückzahlen auf der Umverpackung, Nettofüllmenge, Health Claims

4. Angabe von Grund-/Verkaufspreis: PAngV

Ausweisung des Flaschenpfandes, Angabe des Grundpreises

5. Weitere Entscheidungen aus dem Jahr 2023

Krisenmanagement: Salmonellen, Eintragsfähigkeit einer g.g.A.

Green Claims: Verbot der Irreführung

Anforderungen an Werbeaussagen wie „klimaneutral“, „CO2-neutral“



Green Claims – Verbot der Irreführung

LG München, Urt. V. 08.12.2023 – 37 O 2041/23

- Die Die WunderDrinks GmbH stellt u.a. Biere unter der Marke WUNDERBRAEU her. Auf dem Etikett nutzt sie im Zusammenhang mit der Marke eine **Münchner Adresse**, die angegebene Straße ist als Sitz von Brauereien bekannt. An dieser Adresse findet sich allerdings **nur der Verwaltungssitz** der WunderDrinks GmbH, das Bier wird außerhalb Münchens gebraut.
- Auf dem Etikett der Flaschen befinden sich zudem die Hinweise "**CO₂ positiv**" und "**klimaneutrale Herstellung**".
- Sowohl die Herkunftsangabe als auch die Hinweise auf die Green Claims ("**CO₂ positiv**" und "**klimaneutrale Herstellung**,") wurden als irreführend angegriffen.



LG München, Urt. V. 08.12.2023 – 37 O 2041/23

Zum Hinweis auf die Herkunft des Bieres

- Das Landgericht qualifizierte die für sich gesehen nicht eindeutige Bezeichnung „WUNDERBRAEU“ in **Gesamtschau** mit dem auf dem **Rücketikett** enthaltenen Zusatz „**WUNDERBRAEU/... München**“ zutreffend als **irreführend** i.S.v. § 5 Abs. 2 Nr. 1 UWG, Art. 7 Verordnung (EU) 1169/2011, da durch die **Auslobung** ein Bezug des Produktes mit einer **Anschrift in München** hergestellt, obwohl dort unstreitig **nicht die Produktionsstätte** liegt.
- Dies entspricht der bisherigen Rechtsprechung, die zu den **unzutreffenden Angaben** über den **Ursprung** der Ware nicht nur Angaben zählt, die unmittelbar auf den Herstellungsort der Ware hinweisen, sondern auch solche, die **mittelbar den Ursprung** der Ware erschließen (vgl. BGH GRUR 1995, 65 – Produktionsstätte).

Artikel 7

Lauterkeit der Informationspraxis

- (1) Informationen über Lebensmittel dürfen nicht irreführend sein, insbesondere
 - a) in Bezug auf die Eigenschaften des Lebensmittels, insbesondere in Bezug auf Art, Identität, Eigenschaften, Zusammensetzung, Menge, Haltbarkeit, Ursprungsland oder Herkunfts-ort und Methode der Herstellung oder Erzeugung;

LG München, Urt. V. 08.12.2023 – 37 O 2041/23

Zur Auslobung der Green Claims ("CO₂ positiv" und "klimaneutrale Herstellung")

- Ob die Angabe "CO₂ positiv" und "klimaneutrale Herstellung" für sich genommen irreführend ist, lässt das LG München offen, verweist aber zugleich auf die bisherige Rechtsprechung (OLG Düsseldorf, GRUR 2023, 1207); demnach ist nach dem **Verständnis des Durchschnittsverbrauchers** eine klimaneutrale Herstellung im eigentlichen Sinn ebenso unmöglich, wie eine CO₂-positive Bilanz bei Herstellung und Vertrieb eines Produktes. Der Durchschnittsverbraucher rechnet daher damit, dass die fraglichen Werbeaussagen letztlich nur durch **Kompensationsmaßnahmen** erfüllt werden können.
- Der **Verbraucher** ist jedoch darüber **aufzuklären**, auf welche Weise eine **klimaneutrale Herstellung** bzw. eine **CO₂-positive Bilanz** eines Produktes **erreicht** wird. Der Klimaschutz ist für Verbraucher ein zunehmend wichtiges, auch den Alltag bestimmendes Thema. Bezogen auf das streitgegenständliche Produkt sind Aussagen zum Klimaschutz auch geeignet, die Kaufentscheidung des Verbrauchers maßgeblich zu beeinflussen. Diesen Anforderungen genügten die **Angaben auf der Homepage**, auf die mittels QR-Code verwiesen wurde nicht.

LG München, Urt. V. 08.12.2023 – 37 O 2041/23

Konsequenzen für die Werbung mit **Klimaneutralität**

- Der nach der Rechtsprechung aufgeklärte Durchschnittsverbraucher versteht unter Aussagen zur „**Klimaneutralität**“ sowie der **CO₂-Reduktion keine Emissionsfreiheit**. Die Aussagen sind daher nicht per se irreführend.
- Eine Irreführungsgefahr besteht jedoch, sofern der **Verbraucher** nicht hinreichend **aufgeklärt** wird, auf welche Weise eine klimaneutrale Herstellung bzw. eine CO₂-positive Bilanz eines Produktes erreicht wird. Die Klimaneutralität hat massive Auswirkungen auf die Kaufentscheidung des Verbrauchers; er ist darüber aufzuklären, ob die Klimaneutralität durch Einsparungen von Emissionen oder Kompensationsmaßnahmen erfolgte. Dies kann durch eine Erläuterung zu Details der CO₂-Emissionen und den gegenberechneten Kompensationen erfolgen.
- Die Rechtsprechung könnte sich durch die derzeit auf europäischer Ebene beratene **Green-Claim-Richtlinie** erledigen. Diese sieht vor, entsprechende Auslobungen einem Verbot mit Erlaubnisvorbehalt zu unterziehen; umweltbezogene Werbeaussagen sollen einem Zertifizierungssystem unterzogen werden.

OLG Düsseldorf, Urteil vom 06.07.2023 - 20 U 72/22 – „**klimateutraler**“ Marmelade

- Gegenstand der Entscheidung ist die Werbung einer Herstellerin von Konfitüren und ähnlichen Lebensmitteln, in Form einer Anzeige in der X.-Zeitung vom 19.02.2021 und auf der Verpackung der beworbenen Marmelade mit der Angabe „**Klimateutraler Preis-Leistungs-Klassiker**“ (Anzeige) bzw. „**klimateutrales Produkt**“ (Marmeladenglas).
- Der **Durchschnittsverbraucher** verstehe den Begriff „klimateutral“ im Sinne einer ausgeglichenen Bilanz der CO₂-Emissionen des Unternehmens, wobei ihm bekannt ist, dass die Neutralität sowohl durch **Vermeidung** als auch durch **Kompensationsmaßnahmen** (zB Zertifikatehandel) erreicht werden kann (vgl. OLG Schleswig GRUR 2022, 1451 – Klimateurale Müllbeutel II; OLG Frankfurt a. M. GRUR 2023, 177 – klimateutral).
- Zur Ermittlung der Klimabilanz gibt es unterschiedliche Kriterien, **Herangehensweisen** und **Bewertungsmaßstäbe**, auf deren Kenntnis der Verbraucher zur Bewertung der Angabe „klimateutral“ angewiesen ist. Eine informierte Entscheidung des Verbrauchers erfordert eine **Aufklärung** darüber, ob die in der Werbung behauptete Klimateutralität ganz oder teilweise durch **Einsparungen** beziehungsweise durch **Kompensationsmaßnahmen** erreicht wird. Weiter ist eine Aufklärung darüber erforderlich, ob bestimmte **Emissionen** von der CO₂-Bilanzierung **ausgenommen** wurden. Dies ist vorliegend nicht erfolgt.

OLG Düsseldorf, Urteil vom 06.07.2023 - 20 U 152/22 - „klimaneutrale“ Fruchtgummis

- Wenn in einer an Fachkreise gerichteten Zeitschrift für ein Lebensmittel mit dessen **Klimaneutralität** geworben wird, dann ist eine **Aufklärung** darüber erforderlich, ob die in der Werbung behauptete Klimaneutralität ganz oder teilweise durch **Einsparungen** bzw. durch **Kompensationsmaßnahmen** erreicht wird. Weiter ist eine Aufklärung darüber erforderlich, ob bestimmte Emissionen von der CO₂-Bilanzierung ausgenommen wurden.
- Da bei der Beurteilung, ob wesentliche Informationen vorenthalten werden, gem. § 5a Abs. 3 UWG **räumliche Beschränkungen** durch das gewählte **Kommunikationsmittel** zu berücksichtigen sind, kann ggf. die Angabe „**Klimaneutralität wird auch durch Kompensation erreicht**“, verbunden mit einem **QR-Code** bzw. mit einer ohne weiteres **abrufbare Website**, auf der die o. g. notwendigen Angaben aufgefunden werden können, ausreichend sein.
- Anders als in dem Parallelverfahren betreffend die Marmelade hat das OLG Düsseldorf die Werbeanzeige indes akzeptiert. Entscheidend sei das **Angebot von „links“** durch den beklagten (Süßwaren-)Hersteller, nämlich QR-Codes bzw. Internet-Adressen, mittels welchen sich der **Verbraucher Hinweise** zur Herstellung der Klimaneutralität verschaffen könne. Der Marmeladenhersteller hatte solche Informationen gerade nicht zur Verfügung gestellt.

Hygienepiranger: § 40 Abs. 1a LFGB

Veröffentlichung lebensmittelrechtlicher Verstöße durch
Kontrollbehörden



RD

Inhalt und Regelungsgehalt der Norm

- „Die **zuständige Behörde** informiert“: kein Ermessen der Behörde.
- Hinreichend begründeter Verdacht, dass einer der **3 Fallgruppen** tatbestandlich erfüllt ist.
- „**unverzüglich**“ der Information: **Anhörungsverfahren** des Unternehmers muss durchgeführt werden (vgl. § 40 Abs. 3 Satz 1 LFGB) – **Problem** in der Praxis: sorgfältigen Sachverhaltsaufklärung und vernünftigen rechtlichen Bewertung.
- **Löschung der Information**, § 40 Abs. 4a LFGB: 6 Monate nach Veröffentlichung (vgl. BVerfG, Beschluss vom 21. März 2018 - 1 BvF 1/13 -).

(1a) Die zuständige Behörde informiert die Öffentlichkeit unverzüglich unter Nennung der Bezeichnung des Lebensmittels oder Futtermittels sowie unter Nennung des Lebensmittel- oder Futtermittelunternehmens, unter dessen Namen oder Firma das Lebensmittel oder Futtermittel hergestellt oder behandelt oder in den Verkehr gelangt ist, wenn der durch Tatsachen, im Falle von Proben nach § 38 Absatz 2a Satz 2 auf der Grundlage von mindestens zwei Untersuchungen durch eine Stelle nach Artikel 37 Absatz 4 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2017/625, hinreichend begründete Verdacht besteht, dass

1. in Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes festgelegte zulässige Grenzwerte, Höchstgehalte oder Höchstmengen überschritten wurden oder
2. ein nach Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes nicht zugelassener oder verbotener Stoff in dem Lebensmittel oder Futtermittel vorhanden ist oder
3. gegen sonstige Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes, die dem Schutz der Endverbraucher vor Gesundheitsgefährdungen oder vor Täuschung oder der Einhaltung hygienischer Anforderungen dienen, in nicht nur unerheblichem Ausmaß oder wiederholt verstoßen worden ist und die Verhängung eines Bußgeldes von mindestens dreihundertfünfzig Euro zu erwarten ist oder eine Sanktionierung wegen einer Straftat zu erwarten ist und deswegen gemäß § 41 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt ist.

Verstöße gegen bauliche Anforderungen, die keine Gefahr einer nachteiligen Beeinflussung von Lebensmitteln bewirken, sowie Aufzeichnungs- oder Mitteilungspflichten, die keine Gefahr einer nachteiligen Beeinflussung von Lebensmitteln bewirken, bleiben nach Satz 1 Nummer 3 außer Betracht. Bei Verstößen gegen hygienische Anforderungen kann abweichend von Satz 1 in der Information der Name des Lebensmittel- oder Futtermittelunternehmers sowie der Betrieb, in dem der Verstoß festgestellt wurde, genannt werden. Während eines laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens dürfen Informationen nach Satz 1 nur im Benehmen mit der zuständigen Staatsanwaltschaft herausgegeben werden, wenn hierdurch nicht der mit dem Verfahren verfolgte Untersuchungszweck gefährdet wird.

Inhalt und Regelungsgehalt des § 40 Abs. 1a LFGB – die 3. Fallgruppen

- in Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes festgelegte zulässige **Grenzwerte**, **Höchstgehalte** oder **Höchstmengen** wurden überschritten (= 1. Fallgruppe) oder
- ein nach Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes **nicht zugelassener** oder **verbotener Stoff** in dem **Lebensmittel** oder **Futtermittel** ist vorhanden (= 2. Fallgruppe) oder
- gegen sonstige **Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes**, die dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor **Gesundheitsgefährdungen** oder vor **Täuschung** oder der Einhaltung **hygienischer Anforderungen** dienen, ist in nicht nur **unerheblichem Ausmaß** oder **wiederholt** verstoßen worden und die Verhängung eines **Bußgeldes von mindestens dreihundertfünfzig Euro** ist zu erwarten oder eine **Sanktionierung wegen einer Straftat** ist zu erwarten und deswegen ist gemäß § 41 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt (= 3. Fallgruppe).

Rückausnahme: Verstöße gegen **bauliche Anforderungen**, die keine Gefahr einer nachteiligen Beeinflussung von Lebensmitteln bewirken, sowie **Aufzeichnungs-** oder **Mitteilungspflichten**, die keine Gefahr einer nachteiligen Beeinflussung von Lebensmitteln bewirken, bleiben bei 3. Fallgruppe außer Betracht.

VG Frankfurt am Main, Urteil v. 22.03.2023 – 5 K 2427/19.F – „unverzüglich“ i.S.v. § 40 LFGB

- Die für Lebensmittel- und Fleischhygieneüberwachung zuständigen Ordnungsbehörde beabsichtigte **mehr als 4 Jahre nach** der im Jahr 2018 erfolgten Betriebskontrolle die Veröffentlichung der dort festgestellten lebens- und futtermittelrechtlichen Ergebnisse. Die Veröffentlichung wurde ursprünglich aufgrund einer rechtlich unzulässigen, zu allgemeinen Bezugnahme auf „Speisen“ im Wege der einstweiligen Anordnung untersagt.
- In dem daraufhin folgenden **Hauptsacheverfahren** stellte das VG Frankfurt fest, dass zum maßgeblichen Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung eine Veröffentlichung – auch unter Berücksichtigung der vorangegangenen Eilentscheidung und der Verfahrenslänge – jedenfalls nicht mehr **„unverzüglich“** i. S. d. § 40 Abs. 1a LFGB erfolge.

VG München, Beschluss v. 24.04.2023 – M 26b E 23.1528 – „unverzüglich“ i.S.v. § 40 LFGB

- Die zuständige Lebensmittelbehörde beabsichtigte bei einer lebensmittelrechtlichen Kontrolle im **November 2022** festgestellte Verstöße im **März 2023** zu veröffentlichen.
- Das VG München gab einem dagegen gerichteten Antrag auf einstweilige Anordnung statt, da **keine sachlichen Gründe** für den **viereinhalbmonatige Zeitraum** zwischen der **Probenahme** und der **Ankündigung der Veröffentlichung** zu erkennen waren.

OVG Niedersachsen, Beschluss v. 22.02.2023 – 14 ME 357/22 – „Erwartbarkeit Sanktionierung“

- Bei der Antragstellerin (Lebensmitteleinzelhandel) wurde bei Kontrollen sog. „Fresh Cut“-Salate festgestellt, dass das angegebene **Verbrauchsdatum** um einen bzw. um zwei Tage **überschritten** war. Die Lebensmittelbehörde hörte die Antragstellerin bezüglich einer beabsichtigten Veröffentlichung an und teilte mit, dass mit einer **strafrechtlichen Sanktionierung** zu rechnen sei.
- Das VG Stade **untersagte** im Wege des Eilrechtsschutzes die geplante **Veröffentlichung**. Diese Entscheidung bestätigte das OVG Niedersachsen da vorliegend nicht davon auszugehen sei, dass eine Sanktionierung wegen einer Straftat zu erwarten war.
- Die **Behörde** habe **nicht** ausreichend **ermittelt**, ob die Voraussetzungen des § 58 Abs. 2 Nr. 1 LFGB gegeben waren. Da fahrlässiges Handeln nur bei Inverkehrbringen eines gesundheitsschädlichen Lebensmittels nach § 58 Abs. 6 LFGB strafbar ist, müsse (um dem Bestimmtheitsgebot zu genügen) positiv unter Berücksichtigung der Vorgaben des Art. 14 Abs. 4 Verordnung (EG) Nr. 178/2002 festgestellt werden, ob ein gesundheitsschädliches Lebensmittel vorliege.
- Unerheblich sei auch, ob die zuständige **Staatsanwaltschaft irrtümlich** von einer **Strafbarkeit** ausging, da dies nicht dazu führe, dass eine Sanktionierung wegen einer Straftat zu erwarten sei.

VG Berlin, Beschluss v. 02.02.2023 – 14 L 1272/22 – „Bezeichnung des Lebensmittels“

- Das zuständige Ordnungsamt stellte bei Kontrolle des Betriebs einer Herstellerin von Dönerspießen Mängel fest, welche es als lebensmittelrechtliche Verstöße wertete. Deshalb beabsichtigte es die Veröffentlichung von z.B. der „Überschreitung der zulässigen Höchsttemperaturen bei Rind- und Geflügelfleisch“ und unhygienischen Zuständen bei „z.B. Fleischzubereitungen“.
- Ein daraufhin eingelegter Antrag der Herstellerin auf Untersagung der Veröffentlichung hat das VG Berlin stattgegeben, da die beabsichtigte Information der Öffentlichkeit den Anforderungen des § 40 Abs. 1a S. 1 LFGB nicht entsprochen habe. Insbesondere habe diese unter Nennung der Bezeichnung des Lebensmittels zu erfolgen. Nach dem Wortlaut sei das konkret betroffene Lebensmittel mit allen zu seiner Individualisierung erforderlichen Angaben bezeichnet werden.
- Das staatliche Informationshandeln müsse den Verbraucher in die Lage versetzen zu erkennen, welches Lebensmittel (vorliegend: Dönerspieße) betroffen ist. Dies sei durch die Bezeichnungen „Rind- und Geflügelfleisch“ bzw. „Fleischzubereitungen“ nicht ausreichend konkret der Fall.

VG München, Beschluss v. 06.04.2023 – M 26b E 23.186 – „Pauschalierende Bezeichnung“

- Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) stellte auf Grundlage einer sensorischen und einer histologischen Analyse fest, dass Fleischpflanzerl der Antragstellerin einen zu hohen Anteil an Brühwürsten bzw. Pökelware beinhalteten. Außerdem wurden Wurstabschnitte aufgrund deutlicher sensorischer Abweichungen als für den Verzehr ungeeignet eingestuft. Die Behörde beabsichtigte eine Veröffentlichung nach § 40 Abs. 1a Nr. 3 LFGB in welcher anstatt des betroffenen Lebensmittels pauschal über „**Mängel bei der Betriebshygiene**“ bzw. „**unhygienische Zustände**“ bei sämtlichen Lebensmitteln des Betriebs informiert werden sollte.
- Das VG München untersagte die Veröffentlichung im Wege der einstweiligen Anordnung, da der Wortlaut des § 40 Abs. 1a LFGB wohl nur Verstöße gegen **hygienische Anforderungen** erfasse, die sich einem **konkreten Lebens- oder Futtermittel** zuordnen lassen, während Mängel der allgemeinen Betriebshygiene mangels Zuordnung zu einem konkreten Lebens- oder Futtermittel nicht zu veröffentlichen sind.
- Ferner sei nicht ausreichend, wenn zwar **zwei Analysen durchgeführt** werden, die aber **keine** voneinander **unabhängigen, eigenen Feststellungen** treffen, sondern sich lediglich gegenseitig bestätigen.

VGH München, Beschluss v. 11.05.2023 – 20 CE 23.626 – „Verdacht eines Verstoßes“

- Die Lebensmittelüberwachungsbehörde plante eine Veröffentlichung über die Verwendung von **Maqui-Beeren-Extrakt** als einem **neuartigen, nicht zugelassenem Stoff** in **Nahrungsergänzungsmitteln**. Nach Ansicht der Behörde bestand ein zur Veröffentlichung verpflichtender Verdacht nach § 40 Abs. 1a S. 1 Nr. 2 LFGB, dass es sich bei dem Extrakt aufgrund der hohen Konzentration von Anthocyanen möglicherweise um ein zulassungsbedürftiges neuartiges Lebensmittel handelte.
- Der VGH München qualifizierte die geplante **Veröffentlichung** als **rechtswidrig**, da ein **Zulassungsverfahren** für Stoffe in **Nahrungsergänzungsmitteln** nicht vorgesehen sei. Dies gelte insbesondere, da Pflanzenextrakte nach den Erwägungsgründen der Richtlinie 2002/46/EG Bestandteil von Nahrungsergänzungsmitteln seien. Eine **Einordnung** als **neuartiges Lebensmittel** setze voraus, dass die Novel-Food-Eigenschaft **zweifelsfrei** feststehe. Der Status „FS“ im Novel-Food-Katalog stelle außerdem ein **Indiz** für die **fehlende Neuartigkeit** dar.
- Darüber hinaus sei der „**Verdacht**“ i.S.d. § 40 Abs. 1a LFGB anhand des Vorliegens oder Nichtvorliegens von bestimmten **Tatsachen** zu beurteilen und könne gerade nicht aufgrund ungeklärter Rechtsfragen bestehen.

Konsequenzen für die Praxis

- Die **Veröffentlichung** nach § 40 Abs. 1a LFGB stellt einen massiven **Eingriff** in verfassungsrechtlich geschützte **Rechtspositionen**, insbesondere in Art. 12 Abs. 1 GG, dar.
- **Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB** berühren die Berufsfreiheit nicht unmittelbar, kommen einem Eingriff in die Berufsfreiheit aber in ihrer Zielgerichtetheit und Wirkung gleich und sind darum **an Art. 12 Abs. 1 GG zu messen** (vgl. BVerfG, Beschluss vom 21. März 2018 - 1 BvF 1/13).
- Die Tatbestandsmerkmale von **§ 40 Abs. 1a LFGB** werden daher von Gerichten in der Regel **restriktiv ausgelegt**; diese Interpretation haben Eingang in **Auslegungs- und Vollzugshinweise** der **obersten Landesbehörden** gefunden.
- Verlassen die Vollzugsbehörden den durch die Rechtsprechung, aber auch durch die Auslegungs- und Vollzugshinweise vorgegebenen Rahmen, kann eine Überprüfung der behördlichen Entscheidung angezeigt sein.

Kennzeichnung & Aufmachung von Lebensmitteln

Stückzahlen auf der Umverpackung, Nettofüllmenge, Health Claims



BVerwG, Urteil v. 09.03.2023 – 3 C 15.21 – „Stückzahlangebe bei vorverpackten Lebensmitteln“

- Eine Herstellerin von Süßwaren vertrieb Produkte, in denen **mehrere einzelne Süßwarenstücke** zusammen **in einem Beutel** verkauft wurden. Das Landesamt für Mess- und Eichwesen stellte bei einer amtlichen Kontrolle fest, dass auf den Verpackungen die **Füllmenge** lediglich nach Gewicht und **nicht** nach **Zahl der enthaltenen Stücke** angegeben war und leitete deshalb ein Ordnungswidrigkeitenverfahren ein. Die dagegen von der Herstellerin erhobene Klage und die eingelegte Berufung wurden von dem VG Koblenz bzw. dem OVG Koblenz zurückgewiesen.
- Auch das BVerwG hat die zugelassene Revision abgewiesen, da nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. e, Art. 23 Abs. 1 und 3 i. V. m. Anhang IX Nr. 4 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 eine Verpflichtung bestehe, die **Gesamtzahl der enthaltenen Einzelstücke** anzugeben. Die Produkte seien als vorverpackte Lebensmittel i. S. d. Art. 2 Abs. 2 Buchst. e der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 einzustufen, weshalb nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. e der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 die **Nettofüllmenge** eine **verpflichtende Angabe** darstelle.
- Die **Nettofüllmenge** sei nach Anhang IX Nr. 4 Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 in Fällen, in denen eine **Vorverpackung** aus **zwei oder mehr Einzelpackungen** besteht, in der Weise auszudrücken, dass die **Gesamtnettofüllmenge** und die **Gesamtzahl der Einzelpackungen** angegeben werden.

VG Münster, Urteil v. 28.03.2023 – 9 K 2549/19 – „Nennfüllmenge – Wurstclipse“

- Einer Herstellerin von **Wurstwaren**, welche mit **zwei Wurstend-Abbindern** in Form von **Wurstclipsen** und einer Wursthülle versehen sind, wurde durch die Marktüberwachungsbehörde das Inverkehrbringen einer untersuchten Charge untersagt, da bei dieser eine **Mittelwertunterschreitung** festgestellt wurde. Die Behörde stellte fest, dass von der Herstellerin lediglich das Gewicht des Etiketts und der Kunststoffschale als Taramaterial berücksichtigt seien und die **Wursthülle** und **Wurstclipse der Nettofüllmenge** zugerechnet werden würden.
- Eine gegen die Untersagungsverfügung gerichtete Klage der Herstellerin wies das VG Münster ab, da es sich bei **nicht essbaren Wurstclipsen** und der nicht essbaren **Wursthülle** um **Tara-Material** handele, das dem **Nettogewicht** des Lebensmittels **nicht hinzuzurechnen** sei. Diese Auslegung des Begriffs **Nettofüllmenge** richte sich nach der **Verordnung (EU) Nr. 1169/2011**. Die im Vergleich zur früheren Etikettierungs-Richtlinie vorgenommene Änderung des Begriffs „Nettofüllmenge“ hin zum Begriff „**Nettofüllmenge des Lebensmittels**“ stelle klar, dass **nicht verzehrbare Bestandteile** des Produkts nicht der Nettofüllmenge zuzurechnen sind, da sie **keine Lebensmittel** darstellen.
- Die Auslegung der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 habe darüber hinaus auch **Anwendungsvorrang** vor nationalen Vorschriften.

BGH, Beschluss v. 01.06.2023 – I ZR 109/22 – „Botanicals – Art. 10 Abs. 3 HCVO“

- Eine Herstellerin von Nahrungsergänzungsmitteln warb für ein „**Anti-Stress**“ Produkt, dass Safranextrakt **stimmungsaufhellend** sei und Melonensaft-Extrakt unter Beweis gestellt habe, dass dadurch **Stressgefühle** und **Erschöpfung** abnehmen. Ein Verband zur Wahrung der gewerblichen Interessen seiner Mitglieder sah darin unzulässige gesundheitsbezogene Angaben gem. Art. 10 VO (EG) 1924/2006 und ging gegen die Herstellerin vor.
- Das LG Hamburg gab der Klage statt, die hiergegen gerichtete Berufung blieb im Ergebnis ohne Erfolg (OLG Hamburg, MD 2022, 1054). In dem anschließenden Revisionsverfahren hat der **BGH** das Verfahren ausgesetzt und den **EuGH angerufen**. Nach Ansicht des BGH ist streitig, ob Art. 10 Abs. 1 und 3 HCVO überhaupt auf Botanicals anzuwenden ist:
- Die h.M. vertrete, dass **Art. 10 Abs. 3 HCVO für Botanicals gelte**. Da in Bezug auf Pflanzen jedoch keine zugelassene gesundheitsbezogene Angabe beigefügt werden könne, genüge es, wenn ein „on-hold-Claim“ verwendet werde und die Voraussetzungen von Art. 28 Abs. 5 bzw. 6 HCVO erfüllt seien.
- Nach a.A. spreche **für eine Unanwendbarkeit von Art. 10 Abs. 1 und 3 HCVO** unter anderem, dass die jahrelange Untätigkeit der Europäischen Kommission für die betroffenen Unternehmen eine unverhältnismäßige Einschränkung ihrer unternehmerischen Freiheit i. S. v. Art. 16 EU-Grundrechtscharta sei.

Angabe von Grund-/Verkaufspreis: PAngV

Ausweisung des Flaschenpfandes, Angabe des Grundpreises

Rd

EuGH, Urteil v. 29.06.2023 – C-543/21 – „(keine) gesonderte Ausweisung von Flaschenpfand“

- Ein Verein zur Einhaltung des Wettbewerbsrechts hat die **Angabe eines Preises „zzgl. Pfand“** als unzulässig gerügt. Der BGH hat diesbezüglich dem EuGH zur Vorabentscheidung die Frage vorgelegt, ob „der Begriff des **Verkaufspreises** im Sinne von Art. 2 Buchst. a RL 98/6/EG dahin auszulegen [ist], dass er den **Pfandbetrag** enthalten muss, den der Verbraucher beim Kauf von Waren in Pfandflaschen oder Pfandgläsern zu zahlen hat“.
- Der EuGH hat festgestellt, dass „der **Pfandbetrag**, den der Verbraucher beim Kauf einer Ware in einem Pfandbehälter zu entrichten hat, **kein Bestandteil des Verkaufspreises** im Sinne von Art. 2 Buchst. a der Richtlinie 98/6“ sei. Dies gelte insbesondere, da das Pfand keine Steuer im Sinne von Art. 2 Buchst. a der Richtlinie 98/6 darstellt oder einer solchen gleichgestellt sei.
- Außerdem bestehe die **Gefahr**, dass für **vergleichbare Erzeugnisse** je nach Art des Behälters unterschiedliche Pfandbeträge gelten und die **Einbeziehung des Pfandbetrags** in den **Verkaufspreis** des Erzeugnisses dazu führe, dass Verbraucher insoweit **unzutreffende Vergleiche** anzustellen. Die Angabe des **Pfandbetrags neben dem Verkaufspreis** biete dagegen die **Möglichkeit**, die **Preise** eines Erzeugnisses zu **beurteilen** und miteinander zu **vergleichen**. Ein durchschnittlich informierter und verständiger Durchschnittsverbraucher sei in der Lage, den Pfandbetrag zu addieren, um den Gesamtbetrag zu ermitteln, den er zum Zeitpunkt des Kaufs zu entrichten hat.

BGH, Urteil v. 23.03.2023 – I ZR 17/22 – „Pflicht zur Angabe bei Kapselprodukten“

- Eine Apotheke hat **Aminosäureprodukte in Kapselform** im Onlinevertrieb zum Kauf angeboten, **ohne** den **Grundpreis** anzugeben. Dies beanstandete ein Händler, der Nahrungsergänzungsmittel – u.a. Aminosäureprodukte – über Ladengeschäfte und den Online-Handel vertreibt, mahnte die Apothekenbetreiberin ab und nahm sie auf Unterlassung in Anspruch.
- Das LG Hamburg und das OLG Hamburg gaben der Klage statt. Eine Revision der Apothekenbetreiberin zum BGH hatte teilweise Erfolg. Dabei hat der BGH einen Verstoß gegen § 2 Abs. 1 PAngV (**Pflicht zur Grundpreisangabe**) grundsätzlich bejaht, einen **Unterlassungsanspruch** jedoch mangels eines konkreten Wettbewerbsverhältnisses **abgelehnt**.
- Da die Betreiberin der Apothekerin **gewerbs- oder geschäftsmäßig Waren**, nämlich das beworbene Aminosäureprodukt, in Fertigpackungen nach Gewicht **angeboten** habe, sei die Pflicht zur Angabe des Grundpreises nach § 2 I PAngV ausgelöst worden. Eine **Befreiung** von dieser Pflicht nach Art. 23 I und III iVm Nr. 1 Buchst. c des Anh. IX der LMIV sei **nicht gegeben**, da **Kapselprodukte** nach der Verkehrsauffassung **nicht in Stückzahlen** in den Verkehr gebracht werden. Die Produkte seien vielmehr als „**natürliche**“ **Mengeneinheit** innerhalb der **Fertigpackung** anzusehen.

Weitere Entscheidungen aus dem Jahr 2023

Krisenmanagement: Salmonellen, Eintragsfähigkeit einer g.g.A.



- BGH, Urteil v. 13.07.2023 – I ZR 68/21 – Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke
- OVG Bautzen, Beschluss v. 05.10.2023 – 3 B 168/23 – Chargenvermutung
- OLG Koblenz, Urteil v. 08.05.2023 – 9 U 1947/22 – Schlaffördernde Wirkung
- OVG Koblenz, Urteil v. 23.01.2023 – Rechtswidrigkeit von Gebühren für Schlachtabfälle
- VG Würzburg, Beschluss v. 31.03.2023 – W 8 S 23.245 – Abgrenzung Funktionsarzneimittel und Nahrungsergänzungsmittel
- VG Würzburg, Beschluss v. 06.04.2023 – W 8 E 23.353 – Überschreitung von Höchstrückständen an Pestiziden
- EuG, Urteil v. 12.07.2023 – T – 34/22 – Eintragungsfähigkeit einer geografischen Angabe
- OLG Düsseldorf, Urteil v. 27.04.2023 – 20 U 41/22 – Keine markenmäßige Verwendung durch das Zeichen „Ei, Ei, Ei, Ei, Ei“
- OLG Schleswig, Urteil vom 3.8.2023 – 6 U 64/22 – Krankheitsbezogene Werbung eines Ergänzungsfuttermittels für Hunde
- VG München, Beschluss v. 02.01.2023 – M 26a S 22.5854 – (kein) Sofortvollzug bei nährwertbezogener Angabe

Fragen?

Dr. Markus Kraus, Maître en Droit (Bordeaux)
Rechtsanwalt, Partner

GvW Graf von Westphalen
Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB
Nymphenburger Straße 64
80335 München

m.kraus@gvw.com

T +49 89 689077-100

M +49 151 67725193



Weitere Termine:
Rechtsprechungsreport



NEU: Update
Lebensmittel- und
Futtermittelrecht



